



Amerika, Israel und die Krim

Fünf Jahre ohne resolute Führer im Westen - Echo aus Mittelost und Osten

Im Weißen Haus empfängt Präsident Obama heute den Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde Abbas - wie zwei Wochen zuvor den israelischen Premier Netanjahu. Gab es schon zuvor keinen [Durchbruch](#), so steht er bei diesem Treffen am 17. März noch weniger zu erwarten. Obwohl beide Seiten seit dem [29. Juli](#) verhandeln, kam ein toter Punkt. Der US-Rahmenplan für Gespräche ist noch unveröffentlicht. Zudem schossen die Islamisten Gazas Raketen auf Israel, das mit Luftangriffen reagierte. Grund genug, in der Umschau zu prüfen, wie es in diesem Brennpunkt und in der Region im Aufbruch steht.



Foto: Pete Souza, [Wiki](#)

Barack H. Obama und Mahmud Abbas im Oval Office am 28. Mai 2009

Am Mittwoch und Donnerstag schlugen aus Gaza 69 Raketen ein, woraufhin Israel mit 42 Luftangriffen antwortete. Noch am Donnertsag, den 12. März, landeten zehn Raketen in Israel, das 14 Ziele in Gaza angriff. Israelis sahen in der Gruppe Islamischer Jihad die mit Iran liierten Urheber. Am selben Tage notierte Sprecher Khalid al-Batsh in Facebook, es gelte jetzt wieder der Waffenstillstand vom 22. November [2012](#). Wir wissen nicht, ob das eine Rache für das öffentliche Ausstellen der aus Iran gelieferten und durch Israel im Roten Meer abgefangenen [Raketen](#) war.

Doch es verdeutlicht ein Problem, Palästinenser sind ein geteiltes Volk: Khalid Mashals Islamisten in Gaza und das Westjordanland unter der Autonomiebehörde von Mahmud Abbas. Daher erhebt sich die Frage, wie repräsentativ Abkommen sein würden, dessen Rahmen laut Washingtoner Ideen bis Ende April 2014 gebilligt werden soll? Und wie legitim wäre dann Abbas' Unterschrift, dessen Amtsperiode bereits Anfang 2009 auslief?

Rückschritt

Diese brüchige Feuerpause Israel-Gaza/Islamischer Jihad/Hamas ließ den Außenminister Avigdor Lieberman Mittwoch überlegen, ob man den Abzug aus Gaza von 2005 nicht rückgängig mache. Andere Minister waren dagegen. Hinzu kommt, daß Mahmud Abbas am 20. Januar betonte, Israel nie als jüdischen Staat anzuerkennen. Anderntags erwiderte ihm Netanjahu, wenn Palästinenser von ihm und Israel erwarteten, den Nationalstaat für diese anzuerkennen, so könne er wohl von diesen annehmen, einen Nationalstaat für das jüdische Volk zu akzeptieren. Schließlich lebe dieses Volk hier bereits seit 4.000 Jahren.

Dazu sprach Sonntag, den 9. März, der Chef der Araberliga vor Außenministern in Kairo. Laut Nabil al-Arabi mögen arabische Länder gegen Israels Wunsch standfest bleiben, daß Palästinenser Israel als jüdischen Staat anerkennen. Oft werden Rückkehrrechte von fünf Millionen Palästinensern genannt oder die Rechte der arabischen Minorität in Israel, die seither von 1,3 auf 1,7 Millionen anstieg, bei zur Zeit dort sechs Millionen Juden.

Araber begannen und verloren den Krieg 1948 gegen Israel. Wie im deutschen Fall, gab es kein Rückkehrrecht. Als die UN beschloß, das zu verhandeln, lehnten sie den Beschluß 1948 ab. So verwarfen sie die „Kommission für Versöhnung und Vermittlung“. Diese Frage stand doppelt. Nicht nur palästinensische Flüchtlinge und Vertriebene, sondern auch jüdische, aus Arabien nach Israel. Araber befolgten eine Vorgabe von 1953: Kontakt mit Israel sei Verrat; bekämpft auch Feinde hinter dem Feind; Land für Frieden; Tod jedem separaten Versöhner. Dies widerfuhr Präsident Anwar as-Sadat [1981](#), der als Erster 1977 Israel in Mittelost willkommen hieß, Frieden schloß und ermordet wurde. Er löste jenes arabische Nein auf. Jetzt rät es al-Arabi Arabern samt Palästinensern von Abbas an. Ein starker Rückfall.

Friedensangst

Aufzuhören, etwas wie einst abzuweisen, und Einzelverantwortung zu tragen, ist schwer. Als al-Arabi sagte, Israel nicht als jüdischen Staat anzuerkennen, fürchtete er Resultate einer Friedensregelung? Denn Nachbarn wie Ägypten und Jordanien taten so viel, daß es keinen Staat Palästina gibt. Indes der eine Nachbar Gaza verwaltete und der andere 1950 Westjordanien und Ostjerusalem annektierte sowie dann sie alle palästinensische Führer blockierten oder vereinnahmten, verloren sie mehrfach palästinensische Gebiete in ihren nächsten Kriegen gegen Israel. Allein Jordanien nahm Palästinenser als Staatsbürger auf.

Andere beließen Palästinenser als Fremde, auch um Israel durch diese „offene Frage“ zu bedrücken. Araber als Nachbarn sollten nun verantwortlich sein, indem sie einen Teil der zurückkehrenden Palästinenser aufnehmen oder Kompensationen anbieten und Israel als Judenstaat bejahen. Diese Stimmen mehren sich im saudischen Blatt „ash-Sharq al-Ausat“. Wäre es nicht weise, sich dem Gestern zu entwenden, damit viele besser leben und sich gemeinsam den echten Herausforderungen der Moderne in der Region stellen könnten?

Aber selbst nach neun Monaten Verhandlungen will dieses Kind nicht zur Welt kommen. Auch Washington kennt Hürden. Zwar versicherte Obama vor der UN am 24. September, Amerikas Verpflichtung gegenüber Israels Sicherheit und Existenz als jüdischer Staat. Doch hat er mehr als ein Dutzend Mal in seinen Reden die Siedlungen hochgespielt.

Dabei ist die gegenseitigen Anerkennung wichtiger. Wird sie seriös behandelt, ist vieles machbar. Netanjahu bestätigte am 7. März, für den Frieden einige Siedlungen zu räumen. Dennoch setzte ihn Obama unter Druck. Vor Ankunft am Potomac meinte er, die Zeit für einen Friedenspakt laufe aus. Er habe jüngst mehr Siedlungsbau gesehen. Wenn das Träume von Palästinensern begrabe, ihren Staat zu erhalten, werde dies „unsere Fähigkeit“ gegen das Echo limitieren. Motto: Sage Ja oder erwarte das Ungewisse ohne mich.

Krimmuster

Amerikas Administration gerät wieder in den selbst auferlegten Druck, in kurzer Zeit den hundertjährigen Konflikt regeln zu wollen. Da sind mehr Fragen als Antworten. Kurzum: Abbas will Israel nicht als Judenstaat anerkennen. Seine Legitimität als gewählter Mann ist fraglich. Sein Volk ist gespalten, wobei der andere Teil gerade Israel durch Raketen bekriegt hat und Abbas allenfalls nur für einen Teil redet. Der Chef der Arabischen Liga ruft ihn zurück in die Sackgasse des Verweigerungskurses, der nichts als Kriege brachte.

Allen droht eine weitere Runde der Nuklearrüstung, sollte sich [Teheran](#) durchsetzen. Es stützt sich auf das Regime al-Asads, die Hizballah, Hamas und Islamischer Jihad sowie Moskau und Beijing. Diese Bedrohung zeigt sich größer als das Warten auf Rückfall oder Reife anderer Seiten in und um Palästina. Am Vortag der Anreise von Abbas in Amerika, verbot die Hamas Demonstrationen für ihn in Gaza: Poster und Flaggen wurden auf dem Hauptplatz in der City beschlagnahmt. Laut New York Times bestätigte das Verbot der Hamas-Sprecher des Innenministeriums Islam Shahwan. Hingegen erklärte Amal Hamad von der Fatah, diese Demonstration sollte „nationale Prinzipien“ bestärken, darunter nicht Israel als jüdischen Staat anzuerkennen und Ostjerusalem als Hauptstadt zu fordern.

Außenminister John Kerry meinte am 13. März vor dem Kongreß, es sei ein Fehler, auf die Anerkennung Israels als jüdischer Staat zu pochen, wo schon [1988](#) und 2004 Yasir [Arafat](#) (sic!) Israel als jüdischen Staat anerkannt habe (aber am 9./10. September [1993](#) bejahten er und die PLO nur Israels Recht in Frieden und Sicherheit zu leben, so Arafats Brief an Bill Clinton vom 13. Januar 1998). Darauf erwiderte ihm Verteidigungsminister Moshe Yaalon, man könne doch keine Übereinkunft abschließen, ohne daß die andere Seite das Existenzrecht Israels als Staat des jüdischen Volkes in gewissen Grenzen anerkenne. Wohl läuft der Dialog bis Ende 2014. Doch dies Anerkennungsproblem drängt.

Inzwischen setzte sich Wladimir W. Putin auf der [Krim](#) durch, wo es eine ähnliche ethnische Vielfalt wie in Mittelost gibt. Zwar entschieden sich Wähler ganz überwiegend im „Referendum“ am 16. März für die Loslösung von der Ukraine, doch siegte einstweilen die drohende militärische Erpressung. Und dies in einer Zeit von multiplen Globalkrisen.

Putins Kurs kann in Mittelost Schule machen, auch indem er Atomgespräche mit Teheran als Rache entgleisen läßt. Wer würde dann Iran mit [Nukes](#) antasten? Zur Jahresmitte stehen Wahlen in [Syrien](#) an, im Negativfall nach dem Krimmuster. Bashshar al-Asad, dessen Truppen Yabrud vor Libanon einnahmen, bliebe trotz seiner Verbrechen im Amt. Amerika ohne resolute Führung und der Westen haben in den jüngsten fünf Jahren Uneinigkeit, Fehler und Schwächen erzeugt. Dies ist das Echo.

[Wolfgang G. Schwanitz](#)

Dazu [Buch](#) *Nazis, Islamists and the Making of the Modern Middle East*: [Yale](#), February 25, 2014, 360 pp. [Mehr](#) in *Islam in Europa, Revolten in Mittelost*, [Neuerscheinung](#), 10. Juni 2013: [Buch](#) in [Berlin](#) [bestellbar](#).